

Landesregierung kann Erdkabel fordern

Am 07.09.2007 führte der Ausschuss für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine Anhörung zur Neufassung des Niedersächsischen Landesraumordnungsprogramms durch. Für die Interessengemeinschaft Vorsicht Hochspannung sprach Prof. Dr. Ganten. Er wies zunächst darauf hin, dass die Interessengemeinschaft nicht aus einzelnen Totalverweigerern besteht, sondern dass es sich hier um eine Landkreisübergreifende Vereinigung handelt, die sachlich diskutiert und echte Alternativen aufzeigt. Die Interessengemeinschaft wird in ihrem Widerstand von allen betroffenen Kommunen unterstützt und hat 3.500 Mitglieder. Laut Dr. Ganten besteht keine Notwendigkeit, die geplante Freileitung Ganderkesee – St.Hülfe, die rechtlich noch umstritten ist, nun politisch im Landesraumordnungsprogramm festzuschreiben. Hier wird sich zeigen ob die Landesregierung zu ihrem Wort steht etwas für die betroffenen Bürger zu tun. Dr. Ganten erklärte dem Ausschuss, dass die Landesregierung rechtlich und politisch alle Möglichkeiten hat, eine Erdverkabelung durchzusetzen. Es mangelt bisher anscheinend immer noch am echten Willen. Jürgen Hellmann von der Interessengemeinschaft sagt, Lippenbekenntnisse helfen den Bürgern der betroffenen Regionen nicht weiter. Hier geht es um Existenzen. Ministerpräsident Wulff hatte einer Delegation der Interessengemeinschaft im Januar diesen Jahres in der Niedersächsischen Staatskanzlei Hilfe zugesagt. Passiert ist bisher nichts. Wenn Herr Wulff etwas für Niedersachsen tun will, so wird es jetzt höchste Zeit. Im Herbst diesen Jahres wird E.ON Netz voraussichtlich das Planfeststellungsverfahren beantragen. Jetzt ist Hilfe notwendig, nicht erst wenn die Masten stehen. Laut Herrn Hellmann helfen die Formulierungen im Landesraumordnungsprogramm hier nicht weiter. Die Ausnahmeregelungen zugunsten von Freileitungen kommen einer faktischen Verhinderung einer Erdverkabelung gleich. Der Bürger fragt sich ob die Politiker nicht verstehen was die Verwaltung hier zu Papier bringt oder ob sie es sogar unterstützen?

Hoffnung setzt die Interessengemeinschaft nun auf das nächste Treffen mit Ministerpräsident Wulff und zahlreichen Landes- und Bundespolitikern am 22.Oktober. An diesem Tag ist eine Besichtigung des Kabeltunnels von Vattenfall in Berlin mit anschließender Diskussion mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten geplant.